

Nachrichten aus Brüssel

@greens87 – stock.adobe.com

EU-Kommission will Krebs-Screenings ausweiten

Die Europäische Union hat den Kampf gegen den Krebs seit 2019 zu einer ihrer wichtigsten gesundheitspolitischen Prioritäten gemacht. Ende September stellte die EU-Kommission in diesem Zusammenhang einen neuen europäischen Ansatz für Krebs-Screening vor, mit dem die Brüsseler Behörde die EU-Mitgliedsstaaten bei der Krebsvorsorge unterstützen will. Die Pläne sollen die derzeit geltenden Leitlinien aus dem Jahr 2003 ersetzen.

Ziel ist es, bis 2025 insgesamt 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der EU, die für Brust-, Gebärmutterhals- und Darmkrebs-Screenings infrage kommen, ein solches Screening anzubieten. Das systematische Krebs-Screening soll zudem auf Lungen-, Prostata- und unter bestimmten Umständen auch auf Magenkrebs ausgeweitet werden. Für die Umsetzung der neuen Empfehlungen werden 38,5 Millionen Euro aus dem EU-Gesundheitsprogramm „EU4Health“ und 60 Millionen Euro aus dem EU-Forschungsprogramm „Horizont Europa“ zur Verfügung gestellt.

Um ein gezielteres und weniger invasives Screening zu erleichtern, enthält die Empfehlung ferner folgende Punkte: Die Zielgruppe für das Brustkrebs-Screening soll auf Frauen zwischen 45 und 74 Jahren ausgeweitet werden. Derzeit liegt die Altersspanne bei 50 bis 69 Jahren. Zudem wird Frauen im Alter von 30 bis 65 Jahren empfohlen, sich alle fünf Jahre oder öfter auf das humane Papillomavirus testen zu lassen, um Gebärmutterhalskrebs zu erkennen. Ausgehend von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen soll das systematische Screening zudem auf drei weitere Krebsarten ausgeweitet werden. Dies betrifft die Untersuchung auf Lungenkrebs bei starken aktiven und ehemaligen Raucherinnen und Rauchern im Alter von 50 bis 75 Jahren, die Untersuchung auf Prostatakrebs bei Männern bis zu 70 Jahren mittels prostataspezifischer Antigentests sowie ein Screening in Regionen mit hoher Magenkrebsinzidenz und -sterblichkeit.

Informelles Treffen der EU-Gesundheitsminister in Prag

In der tschechischen Hauptstadt Prag fand ein informelles Treffen der EU-Gesundheitsminister statt. Inhaltliche Schwerpunkte waren die europäische Unterstützung für das ukrainische Gesundheitssystem, das übergeordnete Thema Impfungen und Impfverweigerung

sowie der Kampf gegen den Krebs, dem auch die amtierende tschechische EU-Ratspräsidentschaft im Rahmen einer großen Konferenz besondere Priorität eingeräumt hat.

Mit Blick auf das Thema Impfen sprachen sich die EU-Gesundheitsminister für einen koordinierten Ansatz unter den EU-Mitgliedsstaaten aus, um Impfskeptikern und Impfgegnern zu begegnen. Im Dezember wollen die Gesundheitsminister sogenannte Ratsschlussfolgerungen zu der Problematik annehmen.

EU-Kommission präsentiert Strategie für Pflege und Betreuung

Die Europäische Kommission hat eine neue europäische Strategie für Pflege und Betreuung präsentiert. Das erklärte Ziel ist es, hochwertige, bezahlbare und leicht zugängliche Pflege- und Betreuungsdienste in der gesamten Europäischen Union zu gewährleisten. Angesichts des demografischen Wandels und eingeschränkter Finanzmittel stehen fast alle EU-Mitgliedsstaaten bei der Pflege vor vergleichbaren Herausforderungen.

Die EU-Kommission will mit der Strategie, die nicht rechtlich verbindlich ist, die EU-Mitgliedsstaaten bei ihren Bemühungen unterstützen und gemeinsame Maßnahmen definieren. Zudem soll die Strategie sowohl die Situation der Betreuungs- und Pflegebedürftigen als auch die Situation derjenigen verbessern, die sich professionell oder informell um sie kümmern.

EU kauft Impfstoffdosen gegen Affenpocken

Die neu geschaffene EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (kurz: HERA) hat 170 920 zusätzliche Impfdosen der deutsch-dänischen Firma Bavarian Nordic gekauft, um besser auf den anhaltenden Ausbruch der Affenpocken reagieren zu können. Damit steigt die Zahl der von der EU direkt angekauften Dosen auf insgesamt 334 540. Die zusätzlichen Dosen stehen noch vor Jahresende zur Auslieferung bereit.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK